

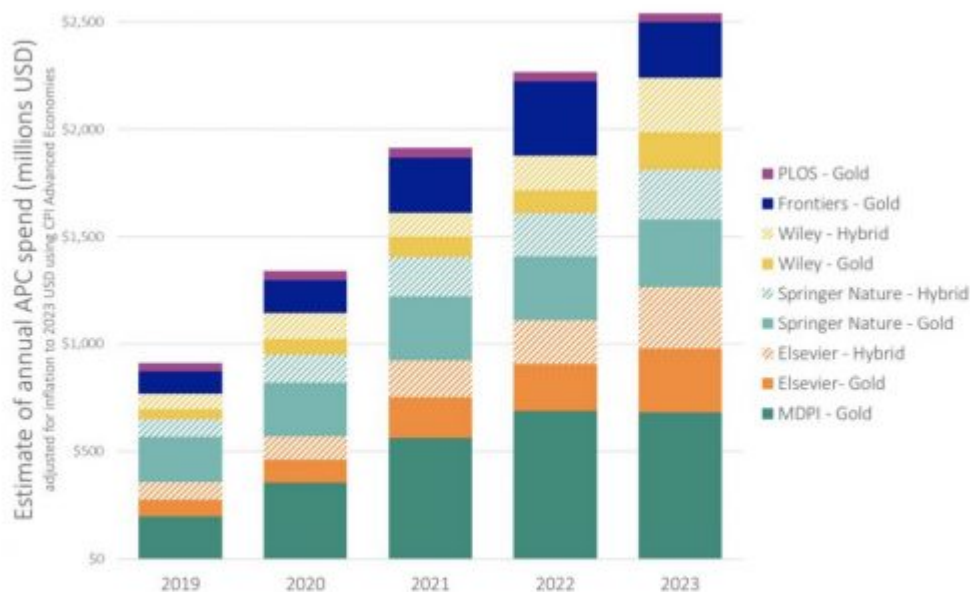
NOTEWORTHY

## DER MDPI DEAL (3 OF 3)

20.03.2025

Fortsetzung von [Teil 1](#) (Studie Kassel, Laborjournal, THE, QSS) und [Teil 2](#) (Delisting, Stealth Correction, Schmitz/ZB MED)

Die Frage ist nun – über wieviel Geld reden wir überhaupt? Dazu gibt es [nur Schätzungen](#). Sie liegen für MDPI in der Größenordnung von über einer halben Milliarde Euro und damit die grösste je für OA bezahlte Summe mit roundabout 640 Millionen Euro.



**Figure 4.** Estimate of annual APC revenue (in millions USD) by publisher and OA type adjusted for inflation to 2023 USD using CPI Advanced Economies.

<https://arxiv.org/abs/2407.16551>

Ein zweite Schätzung geht zu [1 Milliarde](#) – zusammen mit dem zweiten nicht minder dubiosen Frontiers Verlag.

MDPI and Frontiers are not the ideal destination for every paper of every author, but at one point, they combined for about 500,000 papers (annualized), while growing at a rapid pace. This translates into nearly \$1,000,000,000 annual revenue, powered by papers in Guest Edited collections.

Schauen wir uns also den ZB MED Vertrag etwas genauer an – [er steht online](#) auf Zenodo – da er in fast allen Punkten zu Ungunsten von ZB MED und dem deutschen Steuerzahler ausgeht. In der automatisierte LLM Analyse

Finanzielle Bedingungen: Vorauszahlungen (Flat Fee) sind bis zum 28. Februar fällig, ohne Regelung für Rückerstattungen. Rabatte gelten nur unter bestimmten Bedingungen (z. B. wenn der korrespondierende Autor zur Institution gehört).

Haftung & Kündigung: „Wesentlicher Vertragsbruch“ ist nicht genau definiert. Keine Regelung für eine außergerichtliche Streitbeilegung.

Datenschutz: Vertrag nennt DSGVO und SDPA, aber keine klaren Vorgaben zur Datenverarbeitung oder zum Umgang mit Datenschutzverletzungen.

Gerichtsstand & Recht: Schweizer Recht und Basel als Gerichtsstand – ungünstig für ZB MED.

Archivierung & Open Access: MDPI entscheidet über den Archivierungsmechanismus – unklar, ob ZB MED Einfluss darauf hat und warum ZB MED das nicht selbst übernimmt.

Vertragsverlängerung: Verlängerungsverhandlungen müssen spätestens zwei Monate vor Vertragsende beginnen – zu wenig Zeit für interne Abstimmungen.

Warum nur wirft der Staat so viel Geld für eine private Firma aus, wo doch die Archivierung von Artikeln mit Forschungsergebnissen [eine zentrale Aufgabe](#) des Staates war?

